



Newsletter des Referats für Internationales, EU und Daseinsvorsorge

(Ausgabe 2. September 2020)

Inhalt

(Die einzelnen Kapitel können auch direkt angeklickt werden.)

1. younion-Kampagne „MEHR SPAREN KÖNNEN WIR UNS NICHT LEISTEN“	1
2. Stadt Wien hält ihr Versprechen, Regierung hat es gebrochen	2
3. Ausblick: Mit welchen Themen sich das EU-Parlament bis Jahresende befasst	2
4. Konjunkturpaket und langfristiger EU-Haushalt (MFR): EGB fordert verstärkte Beteiligung der Sozialpartner	4
5. Videokonferenz der Mitglieder des Europäischen Rates zur Lage in Belarus	5
6. Update Handelspolitik	6
7. Sommer-Bericht des Europäischen Gewerkschaftsverbandes für den Öffentlichen Dienst (EGÖD)..	7
8. Internationale des Öffentlichen Dienstes (IÖD) veröffentlicht Dokument zum öffentlichen und sozialen Wohnbau als Schlüsselfaktor zur Eindämmung globaler Pandemien	8
9. EU-Mobilitätspaket in Kraft getreten	9
10. Veranstaltungshinweis: EGB-Online-Konferenz zur Anpassung an den Klimawandel	10

1. younion-Kampagne „MEHR SPAREN KÖNNEN WIR UNS NICHT LEISTEN“

Im Rahmen der seit 23. Juni laufenden multimedialen Kampagne „MEHR SPAREN KÖNNEN WIR UNS NICHT LEISTEN“ präsentieren wir gesellschaftlich nachhaltige Wege aus der Krise. Anhand von fünf Forderungsschwerpunkten zeigen wir auf, wie umfassend uns die Krise getroffen hat und welche Maßnahmen notwendig sind, um die Krise sozial gerecht und rasch zu bewältigen. Wir brauchen eine Abkehr von der schädlichen Sparpolitik der Vergangenheit und eine Neuordnung des Wirtschaftssystems, in dem der Mensch und die Umwelt im Mittelpunkt stehen und nicht der Profit!

Wir fordern:

- **Mehr Investitionen: Rettungsschirm für die Gemeinden!**
1,5 bis 2,2 Milliarden Euro verlieren Österreichs Gemeinden durch die Corona-Krise. Die Auswirkungen werden die Menschen hautnah zu spüren bekommen – und eine negative Spirale in Gang setzen. Denn wenn Gemeinden kein Geld für Kindergärten oder andere Leistungen der öffentlichen Grundversorgung haben, fehlen diese den BürgerInnen und schwächen den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Viele BürgermeisterInnen wie zB Bürgermeister Kurt Fischer (ÖVP, Lustenau) und Andreas Babler (SPÖ, Traiskirchen) haben die dramatische Situation erkannt und unterstrichen in der ZIB 2 am Sonntag, dem 23. August, die Forderung nach einem Rettungsschirm für Gemeinden, wie [hier](#) nachzulesen ist.

[Video zum Forderungspunkt „Mehr Investitionen“](#)

- **Mehr Ausbildungsplätze: Jugend-Offensive starten!**
22.768 Jugendliche suchen eine Lehrstelle!
Gerade Gemeinden und Städte spielen in der Ausbildung von jungen Menschen eine wichtige Rolle. Viele Städte und Gemeinden wie zB Wien, Stockerau (NÖ) oder Neulengbach (NÖ) haben bereits die Ausbildungskapazitäten erhöht. Trotzdem bedarf es weiterer Anstrengungen, um die Angebote besonders in der Krise auszubauen.

[Video zum Forderungspunkt „Mehr Ausbildungsplätze“](#)

- **Mehr Ressourcen: Für bessere Arbeitsbedingungen!**
Die MitarbeiterInnen des öffentlichen Dienstes halten alles am Laufen – auch in Krisenzeiten. Trotz erhöhtem Ansteckungsrisiko leisten die MitarbeiterInnen der Städte und Gemeinden ihren Dienst. Weil es für uns jeden Tag ums Ganze geht. Egal ob vor Ort oder von Zuhause aus, die öffentlichen Dienste standen nie still. In Summe arbeiten damit rund 1 Mio. Beschäftigte in den sogenannten „systemrelevanten“ Berufen.

[Video zum Forderungspunkt „Mehr Ressourcen“](#)

- **Mehr Nachhaltigkeit: Klimaschutz durch Investitionen in Gemeinden!**
Die durch COVID-19 aufgebrochene Wirtschaftskrise muss nachhaltig und sozial gerecht bewältigt werden. Es braucht öffentliche Investitionen und Förderungen, die an die Einhaltung von Klimazielen und ein nachhaltiges Wirtschaften geknüpft sind.

[Video zum Forderungspunkt „Mehr Nachhaltigkeit“](#)

- **Mehr Gerechtigkeit: Krisenkosten fair teilen!**

Wir können die Krise nur gemeinsam bewältigen. Hier bedarf es auch eines fairen Beitrags der Vermögenden und großer Konzerne. Etwa durch mehr Steuergerechtigkeit und vermögensbezogene Besteuerung, um eine faire Beteiligung aller an den Krisenkosten zu garantieren.

[Video zum Forderungspunkt „Mehr Gerechtigkeit“](#)

Hintergrundinformationen, das gesamte Forderungspaket, die Resolution der Vorsitzendenkonferenz sowie die Inserate können [hier](#) abgerufen werden.

2. Stadt Wien hält ihr Versprechen, Regierung hat es gebrochen

younion begrüßt finanzielle Belohnung für HeldInnen der Corona-Krise

„In intensiven Gesprächen mit Bürgermeister und Stadtverwaltung haben wir eine Einigung erzielt. Wien nimmt Geld in die Hand, um den unglaublichen und vorbildlichen Einsatz der Heldinnen und Helden der Corona-Krise abzugelten. Das haben sich die ArbeitnehmerInnen der Daseinsvorsorge, die unter erschwerten Bedingungen für die Bürgerinnen und Bürger im Einsatz waren, mehr als verdient,“ erklärt younion-Vorsitzender Christian Meidlinger.

„Die Stadt Wien hält damit ihr Versprechen, die großartigen Leistungen ihrer Beschäftigten in Zeiten von Corona nicht nur mit freundlichen Worten zu belohnen“, sagte Meidlinger. Auch die Regierung hatte den „HeldInnen der Krise“ einen Bonus versprochen. Mittlerweile ist davon keine Rede mehr. Meidlinger: „Schon um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, ist jede Investition in die Kaufkraft eine Investition in die Zukunft. Die Regierung hat ihr Versprechen gebrochen. Aber noch wäre für Bundeskanzler Kurz und Vizekanzler Kogler Zeit, ihre eigenen Ankündigungen umzusetzen und sich an Wien ein Beispiel zu nehmen.“

Wie sich in anderen Bundesländern zeigt, wäre es höchste Zeit, einen Ausgleich für die finanziellen Verluste der österreichischen Gemeinden zu schaffen. Falls das nicht bald und in ausreichendem Maße geschieht, wird eine Corona-Prämie in vielen Gemeinden nicht möglich sein.

3. Ausblick: Mit welchen Themen sich das EU-Parlament bis Jahresende befasst

In den kommenden Monaten wird das Parlament voraussichtlich über den langfristigen EU-Haushalt und ein neues Klimagesetz abstimmen und die Zukunft Europas debattieren.

Langfristiger EU-Haushalt und Corona-Aufbauplan

Die Europäische Kommission hat im Mai einen Vorschlag über ein 750 Milliarden Euro schweres [Konjunkturpaket](#) und einen überarbeiteten Vorschlag für den [langfristigen Haushalt 2021-2027](#) in Höhe von 1,1 Billionen Euro vorgelegt. Damit sollen die Folgen der Corona-Pandemie abgemildert und der Weg für eine nachhaltige Zukunft geebnet werden. Parlament und Rat müssen nun über die Vorschläge verhandeln.

Für mehr Information siehe hier (Punkt 1):



2020 07 24
Newsletter.pdf

Grüner Deal

Der Umweltausschuss wird im September über das neue [EU-Klimagesetz](#) abstimmen, das im März von der Kommission vorgeschlagen worden war. Nach dem Gesetzesvorschlag soll die EU bis 2050 klimaneutral werden. Die Abstimmung im Plenum findet voraussichtlich im Oktober statt.

Konferenz über die Zukunft Europas

Die [Konferenz über die Zukunft Europas](#) ist eine neue Initiative der EU. Sie dient dazu, Überlegungen anzustoßen, wie die Union besser auf die Zukunft vorbereitet werden kann. Die Konferenz sollte ursprünglich im Mai beginnen, musste jedoch aufgrund des Ausbruchs des Coronavirus verschoben werden. In einer im Juni angenommenen [Entschließung](#) betont das Parlament, dass die Konferenz so bald wie möglich im Herbst 2020 beginnen solle. Die Konferenz soll über zwei Jahre laufen.

Brexit

Die Verhandlungen über die [künftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich](#) laufen. Da das Austrittsabkommen eine Übergangsfrist bis Ende Dezember 2020 vorsieht, sollten die Verhandlungen bis Jahresende abgeschlossen werden. Jedes Abkommen bedarf der Zustimmung des Parlaments, um in Kraft treten zu können.

Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act)

Die Kommission hat angekündigt, bis Jahresende das „Digital Services Act Package“ vorzulegen. Das Paket ist Teil der [EU-Digitalstrategie](#) und soll den [digitalen Binnenmarkt](#) stärken. Der Binnenmarktausschuss, der Innenausschuss und der Rechtsausschuss des Parlaments haben bereits ihre Berichtsentwürfe erstellt. Die Abstimmungen in den Ausschüssen sollen im September stattfinden.

Industriestrategie

Die Kommission präsentierte im März 2020 eine [neue EU-Industriestrategie](#), die europäische Unternehmen beim Übergang zu einem klimaneutralen Europa und beim digitalen Wandel unterstützen soll. Der Industriausschuss wird im September über seinen Bericht abstimmen. Die Abstimmung im Plenum ist zwei Monate später angesetzt.

Reform der GAP (Gemeinsame Agrarpolitik)

Die Verhandlungen über die [EU-Agrarpolitik nach 2020](#) werden von der Einigung über den langfristigen Haushalt maßgeblich beeinflusst werden. Auch der Grüne Deal spielt bei der Gestaltung der künftigen Agrarpolitik eine entscheidende Rolle.

Migrationspakt

Sobald eine vorläufige Einigung zwischen den Mitgliedstaaten über den EU-Haushalt erzielt worden ist, wird die Kommission einen [neuen EU-Asyl- und Migrationspakt](#) vorlegen. Der Innenausschuss arbeitet derzeit an einem [Initiativbericht über „Neue Wege für legale Arbeitsmigration“](#).

Rechte von Bahnreisenden

Die EU arbeitet an neuen Regeln, um die [Rechte von Bahnreisenden](#) zu stärken. Dazu zählen höhere Entschädigungen im Falle von Verspätungen und mehr Unterstützung für Menschen mit Behinderungen. Die Regeln sollen bis Jahresende beschlossen werden. Die Kommission hat vorgeschlagen, 2021 zum [Europäischen Jahr der Schiene](#) zu erklären. Nachdem die Verhandlungen zwischen Parlament, Rat und Kommission aufgrund der Corona-Pandemie unterbrochen worden waren, konnten sie im Juni wiederaufgenommen werden.

Crowdfunding

Die Kommission legte im März 2018 einen Vorschlag für eine EU-Verordnung über Crowdfunding-Dienstleister vor. Das Gesetz ist Teil des [Fintech-Aktionsplans](#), mit dem die Chancen, die sich aus

technologiegestützten Innovationen bei Finanzdienstleistungen ergeben, besser genutzt werden sollen. Der EU-Markt für Crowdfunding ist im Vergleich zu anderen großen Weltmärkten unterentwickelt, da gemeinsame Regeln fehlen. Die Verhandlungsführer des Wirtschaftsausschusses und des Rats haben nun nach zwei Jahren eine [vorläufige Einigung](#) über die neuen Vorschriften erzielt.

4. Konjunkturpaket und langfristiger EU-Haushalt (MFR): EGB fordert verstärkte Beteiligung der Sozialpartner

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) hat Anfang August in einem [Schreiben an den Präsidenten des Europäischen Rates Charles Michel](#) und die [Präsidentin des Europäischen Kommission Ursula von der Leyen](#) um Dringlichkeitssitzungen gebeten, um zu erörtern, wie die Beteiligung der Sozialpartner an der Gestaltung, Verwaltung und Umsetzung des MFR und des Konjunkturprogramms sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene verstärkt werden kann. Der EGB besteht auch darauf sicherzustellen, dass die Achtung des sozialen Dialogs, der Tarifverhandlungen und der Demokratie am Arbeitsplatz verbindliche Bedingungen für die Finanzierung sind.

Der EGB begrüßt zwar die Annahme des 750 Milliarden Euro umfassenden EU-Konjunkturprogramms zur Bewältigung der COVID-19-Krise und des mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 in Höhe von 1.074 Milliarden Euro durch den Rat, doch sind einige Aspekte der vom Rat erzielten Einigung entweder negativ oder müssen geklärt werden. Dazu gehören:

- das Beharren einiger Mitgliedstaaten auf einer Kürzung der vorgeschlagenen Mittel, insbesondere der Zuschüsse, und auf der Einführung einer Kontrolle des Rates über die nationalen Konjunkturprogramme, was möglicherweise zu schädlichen Sparmaßnahmen und Strukturreformen führt;
- Kürzungen beim vorgeschlagenen Gerechten Übergangsfonds, bei den Gesundheitsmaßnahmen, der Finanzierung von Forschung und Innovation sowie bei den Maßnahmen zur Solvenz- und Umstrukturierungsunterstützung, wo der EU-Gesamthaushalt nicht groß genug ist, um eine ehrgeizige grüne und digitale Transformation und angemessene Mittel für Kohäsion, Konvergenz und soziale Prioritäten zu gewährleisten;
- fehlender Verweis auf die soziale Dimension, auf die europäische Säule der sozialen Rechte und auf die Notwendigkeit, massive Beschäftigungsmöglichkeiten zu schützen und zu schaffen; die Beschäftigungskrise, mit der die EU im Herbst konfrontiert sein wird, ist der eigentliche Notfall;
- keine Garantie für eine angemessene Einbeziehung der Sozialpartner auf EU-, nationaler und sektoraler Ebene in die Steuerung des Plans, in die Gestaltung und Umsetzung der Investitionsprioritäten und in die Überwachung der Ergebnisse;

Hinsichtlich des Inhalts des Konjunkturprogramms bittet der EGB Michel und von der Leyen, die Notwendigkeit zu prüfen:

- die Rechtsstaatlichkeit in allen EU-Mitgliedstaaten aufrechtzuerhalten und dafür zu sorgen, dass diejenigen, die sie missachten, keinen Zugang zu finanzieller Unterstützung durch die EU haben;
- die Kontroll-/Notfallbremsmechanismen zu klären, um zu vermeiden, dass nationale Konjunkturprogramme im Rat als Mittel zur Verzögerung von Zahlungen aufgehalten werden, und vor allem um zu verhindern, dass in Zukunft schädliche fiskalische Bedingungen und Sparmaßnahmen auferlegt werden;

- die Kürzungen beim Gerechten Übergangsfonds zurückzunehmen und verbindliche Finanzierungsziele für 2050 und 2030 festzulegen;
- die Finanzierung im Gesundheitsbereich wiederherzustellen;
- die Finanzierung der Solvenzunterstützung wiederherzustellen;
- Kürzungen bei InvestEU, Horizon Europe und ReactEU rückgängig zu machen und die Programme im Zusammenhang mit außenpolitischen Maßnahmen (NDICI, Humanitäre Hilfe) wiederherzustellen;
- die sozialen Investitionen im MFR zu bewahren, den ESF+ zu stärken und das europäische Sozialmodell sowie die Sozialschutzsysteme wiederherzustellen, durch vollständige Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte und der UN-Agenda 2030;

Der EGB fordert alle EU-Institutionen und nationalen Regierungen nachdrücklich auf, den Sanierungsplan zu unterstützen und seine Umsetzung zur höchsten Priorität zu machen, indem nationale und sektorale Sanierungspläne rechtzeitig durchgesetzt werden.

Schließlich ist die europäische Gewerkschaftsbewegung davon überzeugt, dass Reformen der Regierungsführung und Entscheidungsfindung in der EU sowie die weitere Integration der Eurozone nicht weiter verzögert werden dürfen.

Die Konferenz über die Zukunft Europas ist daher von größter Bedeutung, und der EGB fordert die Präsidenten des Europäischen Rates und der Europäischen Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die Beteiligung der Sozialpartner gewährleistet ist, dass Vetorechte vermieden werden und dass eine sozialere und gerechtere EU aufgebaut wird, auch durch ein Protokoll über den sozialen Fortschritt, das in die Verträge aufgenommen werden soll.

5. Videokonferenz der Mitglieder des Europäischen Rates zur Lage in Belarus

Die Mitglieder des Europäischen Rates haben am 19. August eine Videokonferenz abgehalten, bei der u.a. die Entwicklung der Lage nach den Präsidentschaftswahlen in Belarus vom 9. August erörtert wurde.

Da die Wahlen in Belarus **weder frei noch fair** waren und nicht den internationalen Standards entsprachen, erkennt die EU die von den belarussischen Behörden vorgelegten Ergebnisse nicht an.

„Die Europäische Union bekundet ihre Solidarität mit den Menschen in Belarus. Und wir akzeptieren keine Straflosigkeit. Bei den Protesten in Belarus geht es nicht um Geopolitik. Es geht um das Recht der Menschen, ihre Führung frei zu wählen“, stellte Charles Michel, Präsident des Europäischen Rates fest.

Die Staats- und Regierungschefs haben die **Gewalt gegen friedliche Demonstranten verurteilt**. Die EU erwartet eine **vollständige und transparente Untersuchung** aller mutmaßlichen Übergriffe. Ferner wurde bekräftigt, dass die zivilgesellschaftlichen und oppositionellen Kräfte vor willkürlichen Festnahmen und Gewalt geschützt werden müssen.

Die EU wird in Kürze **Sanktionen** gegen eine größere Zahl von Personen **verhängen**, die für Gewalt, Repression und die Fälschung der Wahlergebnisse verantwortlich sind.

„Wir rufen die belarussische Führung auf, durch ein Ende der Gewalt, Deeskalation und einen inklusiven nationalen Dialog einen Weg aus der Krise zu finden. Nur ein friedlicher und demokratischer Prozess, der von unabhängigen und freien Medien und einer starken Zivilgesellschaft getragen wird, kann zu dauerhaften Lösungen führen. Alle Seiten, einschließlich Drittstaaten, sollten einen solchen Prozess unterstützen“, so Michel.

Die EU unterstützt voll und ganz die **im Rahmen der OSZE** (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) **vorgebrachten Vorschläge** für einen Dialog in Belarus und ist bereit, Hilfe zu leisten, um die Vorschläge voranzubringen.

Luca Visentini, Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), kommentierte den EU-Sondergipfel zum Thema Belarus wie folgt:

„Die Worte der EU-Staats- und Regierungschefs zu Belarus waren stark, und ich hoffe, dass sie eine klare und kraftvolle Botschaft an Lukaschenko senden. Es bleibt abzuwarten, wie die gezielten Sanktionen aussehen und ob sie so hart sein werden, wie die gesprochenen Worte vermuten lassen. Die EU muss entschlossene Maßnahmen ergreifen, einschließlich Sanktionen, die Lukaschenko und seine Kumpanen sehr hart treffen.“

Im Vorfeld der Videokonferenz hatte die europäische Gewerkschaftsbewegung die Europäische Union in einem [Brief](#) an von der Leyen, Michel und Sassoli gedrängt, die Beziehungen der EU zu Belarus neu zu evaluieren, einschließlich „der Wiedereinführung angemessener Sanktionen für Wahlbetrug und Gewalt“.

Für mehr Information siehe [hier](#) und [hier](#).

6. Update Handelspolitik

Zypern gegen CETA

Ende Juli [stimmte das zyprische Parlament über CETA](#) ab. Doch statt der erwarteten Zustimmung stimmten 37 Abgeordnete gegen das EU-Kanada-Abkommen und nur 18 Abgeordnete dafür. **Formal ist das Abkommen damit gescheitert!** Die zyprische Regierung müsste nun der EU-Kommission förmlich mitteilen, dass die nationale Ratifizierung misslungen ist, und die EU-Kommission müsste das Abkommen beerdigen. Auch die seit September 2017 geltende vorläufige Anwendung von großen Teilen des Abkommens müsste beendet werden.

Doch die zyprische Regierung steht weiterhin zu CETA und hat bereits angekündigt, nachverhandeln zu wollen. Insbesondere will sie einen besseren Schutz von Agrarprodukten wie Halloumi im Abkommen verankern. Dann, so das Kalkül, würde eine Mehrheit der Abgeordneten bei einer erneuten Abstimmung ihren Widerstand aufgeben.

Ob diese Strategie aufgeht, ist fraglich. Die Verhandlungen wurden längst abgeschlossen, das Abkommen wird zu großen Teilen vorläufig angewendet und Kanada sowie 14 EU-Mitgliedstaaten haben ihm bereits vollumfänglich zugestimmt. Möglicherweise könnten die durch CETA eingesetzten Ausschüsse nachträgliche Änderungen am Vertragstext beschließen, sodass Halloumi besser geschützt wird – aber das ist höchst unklar. Unklar ist ebenfalls, ob Kanada, EU-Kommission und die anderen Mitgliedstaaten bereit wären, auf Zyperns Wünsche einzugehen. Die deutsche Bundesregierung hat sich dazu ausweichend geäußert: „Die Bundesregierung geht derzeit davon aus, dass die diesbezüglichen innerstaatlichen Konsultationen in Zypern noch nicht abgeschlossen sind“, [antwortete der deutsche Wirtschaftsstaatssekretär Ulrich Nussbaum auf eine Anfrage von Katharina Dröge](#), grüne Abgeordnete im Deutschen Bundestag. „Obwohl das zyprische Parlament CETA abgelehnt habe, vertraue die Bundesregierung auf ein Einknicken Zyperns.“, kritisiert Dröge.

Merkel sagt nein zu EU-Mercosur

Neoliberale Handelsabkommen – so wie das EU-Mercosur-Abkommen – haben fatale Auswirkungen für Mensch und Umwelt. Neben dem Abbau von Zollschränken und technischen Handelshemmnissen geht es im Abkommen um Ursprungsregeln, die Liberalisierung von Dienstleistungen, kommunale Ausschreibungen, geistiges Eigentum, gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen.

Österreich ist nicht allein – denn der Widerstand wächst

War Österreich im Herbst 2019 noch das erste Land mit einem klaren Nein zu diesem Abkommen, haben mittlerweile auch das niederländische und wallonische Parlament Resolutionen gegen das Abkommen verabschiedet. Auch Frankreich und Irland haben sich kritisch geäußert. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat angesichts der Abholzung im Amazonas-Gebiet „[erhebliche Zweifel](#)“ an der Umsetzung des EU-Handelsabkommens mit dem südamerikanischen Staatenbund Mercosur.

Die Rodungen im Amazonas-Gebiet sind mittlerweile auf eine Fläche von [9205 km²](#) ausgedehnt. Dies stellt eine Gefahr für die indigene Bevölkerung und die Klimaentwicklung dar, all das fällt der Profitgier zum Opfer. In einem kurzen [Video](#) wird die aktuelle Situation erklärt.

[Für mehr Information.](#)

EU Handelskommissar tritt zurück

Aufgrund eines Verstoßes gegen die COVID-19-Vorschriften in Irland ist der Handelskommissar [Phil Hogan zurückgetreten](#). Der Ire war ein Handelsliberaler, und ein Großteil der Aufmerksamkeit in Brüssel wird sich nun darauf konzentrieren, ob der Job eine defensivere Ausrichtung haben könnte, in Übereinstimmung mit den französischen Visionen eines Europas, das eine aktivere Rolle beim Schutz seiner eigenen Industrien vor internationalen Rivalen spielt.

7. Sommer-Bericht des Europäischen Gewerkschaftsverbandes für den Öffentlichen Dienst (EGÖD)

Der Sommer 2020 ist aufgrund der Corona-Pandemie für viele besonders außergewöhnlich. Für Beschäftigte im Gesundheits- und Pflegewesen bleibt die Herausforderung, mit COVID-19-Patienten umzugehen, nach wie vor präsent. Mehrere Mitgliedsorganisationen berichten, dass die ArbeitnehmerInnen [vor der Erschöpfung stehen](#). Die Zahl der Fälle von infizierten und ins Krankenhaus eingewiesenen ArbeitnehmerInnen nimmt in mehreren Ländern, wie etwa auch in Belgien, wieder zu. Und wieder sind Pflegeheime mit besonderen Belastungen konfrontiert. Die Ansteckungen sowohl von ArbeitnehmerInnen als auch BewohnerInnen zeigt, dass viele Arbeitgeber und Regierungen nicht wirklich auf eine neue Welle vorbereitet sind.

EU-Haushalt und Wiederaufbaufonds

Daher war es enttäuschend, dass der Europäische Rat keine substanzielle Finanzierung für das EU4Health-Programm als Teil des EU-Haushalts vereinbart hat. Dieses Programm hätte dazu beigetragen, Länder zu unterstützen, deren Gesundheitssysteme bei der Bewältigung der Pandemie unter starkem Druck stehen. Wir werden unsere Kampagne mit dem EGB und anderen weiterführen, um das Europäische Parlament davon zu überzeugen, die Finanzierung wiederherzustellen. Viele Abgeordnete des Europäischen Parlaments haben ihre Unterstützung signalisiert. Positiv ist, dass die Mitgliedsstaaten den Wiederaufbaufonds gebilligt haben. Die Arbeitslosigkeit steigt schnell an, und Maßnahmen, die den Menschen helfen, ihren Arbeitsplatz zu behalten und neue Arbeitsplätze zu schaffen, sind dringend erforderlich.

Beirut und Belarus

Dieser Sommer ist aber nicht nur von der Pandemie geprägt – auch die schreckliche Explosion in Beirut wird uns im Gedächtnis bleiben. Der Schaden ist enorm. Mitglieder von Mitgliedsorganisationen der Internationale des Öffentlichen Dienstes (IÖD) sind ums Leben gekommen. Die IÖD hat einen entsprechenden [Solidaritätsfonds](#) eingerichtet. Die Gewerkschaften brauchen unsere Unterstützung.

Ebenso wenig werden wir die ArbeiterInnen des weißrussischen Unternehmens MZKT vergessen, die Lukaschenko zurufen, er solle gehen - "УХОДІ". Um an der Macht zu bleiben, manipulierte er die Wahlen, die am 9. August stattgefunden hatten. Die Menschen akzeptierten dies nicht, gingen auf die Straße, und Lukaschenkos Sicherheitskräfte schritten brutal ein. Und das machte noch viel mehr Menschen wütend, was zunächst dazu führte, dass die Frauen in Weiß in langen Menschenketten auf die Straße gingen und ein Ende der Gewalt forderten. Es war der Auftakt zur größten Demonstration in der belarussischen Geschichte am 16. August. Sie löste eine Welle von Streiks aus, die von der unabhängigen Konföderation BKDP unterstützt wurde. Ihre Mitglieder sahen sich Repressionen und Verhaftungen ausgesetzt. Die europäischen Gewerkschaften unterstützen die Forderung des belarussischen Volkes nach freien Wahlen. Das Ergebnis des Kampfes ist noch nicht bekannt. Es zeigt jedoch, dass in einem vereinten Volk eine enorme Kraft steckt.

Konsultation zu fairen Mindestlöhnen

Wenn auch vielleicht weniger beachtet, findet in diesem Sommer eine der größten Konsultationen in der EU statt. Die Gewerkschaften, die 45 Millionen ArbeitnehmerInnen vertreten, werden gebeten, die Antwort des EGB auf die zweite Phase der Konsultation der Europäischen Kommission über faire Mindestlöhne zu billigen oder abzulehnen. Viele Gewerkschaften erörtern ihre Antwort in Gewerkschaftsgremien und in ihren Gewerkschaftsbünden. Die EGÖD-Mitgliedsorganisationen müssen bis zum 1. September antworten. In weiterer Folge wird der EGÖD seine Position formulieren.

8. Internationale des Öffentlichen Dienstes (IÖD) veröffentlicht Dokument zum öffentlichen und sozialen Wohnbau als Schlüsselfaktor zur Eindämmung globaler Pandemien

Die IÖD hat ein neues [Papier](#) über die grundlegende Rolle starker öffentlicher Dienste und öffentlichen Wohnbaus bei der Eindämmung globaler Pandemien und beim Schutz der öffentlichen Gesundheit vorgelegt. Diese Dienste müssen vollständig zurückgewonnen und wiederhergestellt werden, denn sie sind ein wichtiger Teil des Instrumentariums, das Regierungen auf allen Ebenen einsetzen müssen, um soziale Sicherheit und öffentliche Gesundheit für alle zu gewährleisten.

[Mehr als 3,9 Milliarden Menschen](#) – die Hälfte der Weltbevölkerung – wurden im April 2020 in einen Lockdown-Zustand versetzt, um die Ausbreitung von COVID-19 einzudämmen. Doch wie können Lockdown-Anordnungen realistischerweise eine Ansteckung stoppen, [wenn mehr als 1,8 Milliarden Menschen weltweit keine angemessene Unterkunft haben, mehr als eine Milliarde in informellen Siedlungen leben, 150 Millionen obdachlos sind und Millionen weitere unter unsicheren Wohnverhältnissen leiden?](#)

Die COVID-19-Pandemie hat eine neue Ebene der Interdependenz geschaffen, die sich quer durch alle sozialen Schichten zieht und die Gesundheit und das Wohlergehen von uns allen miteinander verbindet, da die Unmöglichkeit der einen, sich in den Lockdown zu begeben, zur Ansteckung und zum Tod der anderen führen kann. Indem die Pandemie die Verwundbarkeit vergrößert und die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft härter trifft, hat die Pandemie die durch soziale Ungleichheit verursachten Verwüstungen, von denen die globale Wohnungskrise ein Hauptbestandteil ist, vollständig offengelegt.

Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes vertreten häufig Beschäftigte des öffentlichen Dienstes und des sozialen Wohnungswesens und verfügen über Expertenwissen in Wohnbaufragen in lokalen Gemeinschaften. Nach der Pandemie fordern sie, dass alle Regierungsebenen ehrgeizige, langfristige Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass GeringverdienerInnen, Obdachlose und schutzbedürftige Menschen angemessen untergebracht werden und bei Bedarf Zugang zu

Unterstützungsdiensten haben, die von einer angemessenen Personalausstattung unter menschenwürdigen Bedingungen erbracht werden. Sie fordern auch, dass ArbeitnehmerInnen, die ihr Einkommen verlieren, nicht auch noch ihr Dach über dem Kopf verlieren und damit ihr Leben und das Leben anderer gefährden. Diese Forderungen kommen zu den lang anhaltenden gewerkschaftlichen Aktionen und Kampagnen hinzu, die bereits lange vor COVID-19 für die Stärkung des öffentlichen und sozialen Wohnbaus durchgeführt wurden.

Da Städte gezwungen sind, neue Maßnahmen zu entwickeln und ihre Politik anzupassen, um mit COVID-19 fertig zu werden, erweist sich der öffentliche und soziale Wohnungsbau eindeutig als wesentlicher Teil der Lösung zur Bekämpfung von Pandemien und zum mittel- und langfristigen Schutz der öffentlichen Gesundheit. Während die Förderung einer marktorientierten Wohnungspolitik auf globaler Ebene immer noch weit verbreitet ist, schließen sich einige Kommunalverwaltungen zusammen, um gegen den Strom zu schwimmen, und demonstrieren, dass Alternativen funktionieren.

Da die Behörden im Kampf gegen COVID-19 Lockdown- und Sicherheitsmaßnahmen ergreifen und gezwungen sind, ihre Politik zu überdenken und anzupassen, erweist sich der öffentliche und soziale Wohnungsbau eindeutig als wesentlicher Bestandteil der Lösung zur Bekämpfung von Pandemien und zum Schutz der öffentlichen Gesundheit. Marktbasierte Lösungen haben sich als unzulänglich erwiesen, um die globale Wohnungskrise wirksam zu lösen und das Menschenrecht auf Wohnraum aufrechtzuerhalten, was tiefe soziale Ungleichheit hinterlässt und den sozialen Zusammenhalt in vielen lokalen Gemeinschaften zerreißt, da die Schwächsten den höchsten Tribut zahlen.

Es ist unerlässlich, dass die aus der Pandemie gezogenen Lehren integriert, dauerhaft gemacht und ausgeweitet werden, um dauerhafte, menschenwürdige Wohnlösungen für alle zu gewährleisten. Öffentlicher und sozialer Wohnungsbau hat eine grundlegende Rolle dabei zu spielen, dies zu ermöglichen, und sie müssen vollständig zurückgewonnen und wiederhergestellt werden als ein entscheidender Teil des Instrumentariums, das Regierungen auf allen Ebenen zur Verfügung steht, um soziale Sicherheit und öffentliche Gesundheit für alle zu gewährleisten.

9. EU-Mobilitätspaket in Kraft getreten

Im Juli wurde das lang erwartete Mobilitätspaket, eine massive Reform der EU-Vorschriften für den Straßenverkehr, verabschiedet. Seit 20. August sind die Bestimmungen über die Lenk- und Ruhezeitregelungen in Kraft. Zu diesem Anlass hat die Europäische TransportarbeiterInnenföderation (ETF) einen ersten gewerkschaftlichen [Praxisleitfaden](#) erstellt, der einen Überblick über die Änderungen gibt, die die neuen Bestimmungen mit sich bringen. Dieser Leitfaden wird den Straenaufsichtsbehörden der Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt.

Die wichtigsten Errungenschaften der neuen Bestimmungen zu den Lenk- und Ruhezeiten sind zweifellos die Vorschrift, dass die FahrerInnen nach Hause oder zur Betriebsstätte des Unternehmens zurückkehren müssen, sowie das ausdrückliche Verbot, die wöchentliche Ruhezeit in der Fahrerkabine des Fahrzeugs einzulegen.

Diese Maßnahmen verbessern die Arbeits- und Lebensbedingungen der FahrerInnen erheblich. Darüber hinaus erleichtern sie es den Kontrollbehörden festzustellen, ob die FahrerInnen tatsächlich entsandt ist oder nicht und ob die Unternehmen die Entsende- und Niederlassungsvorschriften einhalten.

Nach Jahren, in denen Tausende von FahrerInnen dazu gebracht wurden, ihre wöchentliche Ruhezeit in Lastwägen zu halten, hat sich hier diskret, abseits der Öffentlichkeit, etwas geändert. Von nun an müssen diese FahrerInnen alle drei oder vier Wochen physisch nach Hause oder zu ihrem Firmensitz

zurückkehren. Dies erweist sich als ein wirksames Mittel, um die Art und Weise, wie Unternehmen ihre FahrerInnen behandeln, offenzulegen.

Obwohl die Unternehmen nicht verpflichtet sind, den FahrerInnen eine Unterkunft zur Verfügung zu stellen, wenn sie zu ihrer Einsatzzentrale zurückkehren, wird es nun als Skandal betrachtet werden, seine Angestellten 45 Stunden und länger auf der Straße zu lassen!

Erwähnenswert ist, dass die Rückkehr der FahrerInnen Teil des ursprünglichen Vorschlags der Europäischen Kommission zum Mobilitätspaket war und von der Kommission während des gesamten Prozesses unterstützt wurde. Die ETF erwartet daher von der Europäischen Kommission, dass sie für die unverzügliche Anwendung des Pakets sorgt.

Für mehr Information siehe [hier](#), [hier](#) und [hier](#).

10. Veranstaltungshinweis: EGB-Online-Konferenz zur Anpassung an den Klimawandel

Unter dem Titel „Anpassung an den Klimawandel und die Arbeitswelt – ein Leitfadens für Gewerkschaften“ lädt der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) am **8. September (10:00 – 13:00 Uhr)** zu einer Online-Konferenz.

Die Folgen des Klimawandels werden sich in vielfältiger Weise auf die Arbeitswelt auswirken, und im Hinblick auf die EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel will der EGB sektororientierte Beispiele, Best Practices sowie konkrete Politikempfehlungen vorstellen, die er mit seinen Mitgliedern und ExpertInnen erarbeiten konnte.

TeilnehmerInnen und eingeladene ExpertInnen werden im Rahmen dieser interaktiven Online-Veranstaltung miteinander diskutieren, wobei auch deutschsprachige Verdolmetschung angeboten wird.

[Zur Anmeldung.](#)

[Für mehr Information.](#)

Rückfragen:

**younion _ Die Daseinsgewerkschaft
Internationales, EU und Daseinsvorsorge**

**Thomas Kattnig
Mitglied Bundespräsidium**

thomas.kattnig@younion.at

www.younion.at

<https://www.facebook.com/younion.at/>

https://twitter.com/younion_at

Quellen:

Anders Handeln – Globalisierung gerecht gestalten, euronews.com, Europäische Kommission,

Europäische TransportarbeiterInnenföderation (ETF), Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB),
Europäischer Gewerkschaftsverband für den Öffentlichen Dienst (EGÖD), Europäischer Rat,
Europäisches Parlament, Global 2000, Internationale des Öffentlichen Dienstes (IÖD),
observatoriadoclima.eco.br, politico.eu, sueddeutsche.de, taz.de, Vereinte Nationen;